



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Thimme, Friedrich: Nachklänge zu den offenen Briefen an Herrn von  
Heydebrand

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

genommen werden mögen. Man schaffe also zunächst ein weites Becken, aus dem die Diplomaten gewählt werden können. Ein Institut für den auswärtigen Dienst bei der Berliner Universität gebe den Beamten des auswärtigen Amtes die Möglichkeit ihre Kenntnisse abzurunden. Und dann freie Bahn dem Tüchtigen durch entsprechende Besoldung auf den höchsten Stufen. Was im auswärtigen Dienst vor allen Dingen zu bekämpfen ist, das ist der blutige Dilettantismus, wie er z. B. in der polnischen Frage zum Schaden von Deutschen und Polen wahre Orgien gefeiert hat. Und das kann und soll auch schon während des Krieges in Angriff genommen werden!



## Nachflänge zu den offenen Briefen an Herrn von Heydebrand

Von Dr. Friedrich Thimme



us der überraschend großen Fülle von Zuschriften, die mir auf meine drei offenen Briefe an Herrn von Heydebrand\*) zugegangen sind, darf ich den sicheren Schluß ziehen, daß meine Ausführungen in weiten und nicht zuletzt auch in den konservativen Kreisen, für die sie vor allem bestimmt waren, einen tiefen Eindruck gemacht haben. Die Zustimmung zu meiner Kritik an der Herforder Rede Herrn von Heydebrands ist in den Zuschriften eine durchgehende; die große Mehrzahl der Schreiber, von denen sich viele ausdrücklich als zur konservativen Partei gehörig bezeichnen, erklärt, fast jedes oder gar jedes Wort zu unterschreiben. Immer wieder kehrt der Ausdruck der Freude und des Dankes, daß endlich einmal ein mutiger Mann es gewagt habe, Herrn von Heydebrand als dem Führer der konservativen Partei rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. Eine Veröffentlichung dieser Stimmen würde sehr lehrreichen Aufschluß über die wahre Stimmung der rechtsstehenden Kreise gewähren, die nicht ohne weiteres nach den Vertrauensvoten konservativer Versammlungen beurteilt werden darf. Da der Strom der Zuschriften noch immer fort dauert, so behalte ich mir eine solche Veröffentlichung, wobei natürlich nur diejenigen Briefschreiber mit Namen zu nennen wären, die dazu in aller Form ihre Zustimmung gegeben haben, ausdrücklich für später vor. Heute möchte ich mich nur mit den gegenteiligen

\*) In den Hefen 23, 24, 25 der Grenzboten.

Stimmen beschäftigen, die in der konservativen Presse zutage getreten sind. Ich nenne da zuerst drei lange Artikel, die das konservative Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herr Walthor Graef, in der „Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung“ vom 23., 24. und 25. Juni veröffentlicht hat, ferner zwei Artikel des „Reichsboten“ vom 21. und 27. Juni und verschiedene Auslassungen der „Deutschen Tageszeitung“. Außerdem hat ein Bremer Arbeiter, namens Wahl, der weder Konservativer noch Alldeutscher zu sein behauptet, dessen Name mir aber sonst nur in der alldeutschen „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ begegnet ist, in der ebenfalls alldeutschen „Deutschen Zeitung“ einen offenen Brief an mich gerichtet, der dann in die konservative Presse, z. B. in die „Kreuzzeitung“ vom 21. Juni übergegangen ist. Die Äußerungen der konservativen Presse zu meinen Heydebrand-Briefen sind zum Teil über die Maßen scharf und beleidigend; einzig und allein der „Reichsbote“ gesteht zu, daß sie doch manches beachtens- und beherzigenswerte Wort sagen. Ich bin natürlich auf eine solche bittere Gegentrittik gefaßt gewesen. Bismarck, der die Feindschaft der Konservativen genau so wie der gegenwärtige Reichskanzler bis zur Reize hat auskosten müssen — auch ihm, dem größten aller Staatsmänner, ist oft genug von seinen konservativen Gegnern der heute typisch gewordene Vorwurf gemacht, daß er die Zügel am Boden schleifen lasse — hat einmal im Reichstage, es war am 9. Mai 1884, gesagt: „Ich habe gefunden, daß als Feind der Konservative noch konservativer, schärfer und konsequenter ist als liberale Gegnerschaften!“ Was ich aber nicht erwartet hätte, ist, daß die gesamte tonangebende konservative Presse, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Reichsbote“, mir zu einer Auseinandersetzung mit meinen Gegnern die Pforten nicht öffnen würde. Ich habe weder längere sachliche Entgegnungen, noch auch nur die kleinste Berichtigung in einem dieser Blätter anbringen können: eine Tatsache, die ich lediglich der Öffentlichkeit unterbreite, ohne irgendeinen Kommentar daran zu knüpfen. An dieser Stelle kann es mir natürlich nicht darum zu tun sein, mich in eine persönliche Auseinandersetzung mit meinen Widersachern einzulassen; nachdem sie mir einmal das Wort abgeschnitten haben, gleite ich über jeden noch so ungerechten und gehässigen Vorwurf mit einer vornehmen Handbewegung hinweg. Nur zu einem Argument, das nahezu bei allen meinen Gegnern der Weisheit letzter Schluß ist, muß und will ich Stellung nehmen.

Ich hatte in meiner Kritik an Herrn von Heydebrand hervorgehoben, daß sie von konservativen Grundanschauungen ausgehe. Indem meine Gegner mir nun, wieder mit alleiniger Ausnahme des „Reichsboten“, jede „konservative Aktivlegitimation“ abprechen, glauben sie meine Mahnungen und Warnungen kurzerhand als völlig bedeutungslos für die konservative Partei hinstellen zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ will sogar mit der Entdeckung, daß ich früher jahrelang politische Artikel für den „Hannoverschen Courier“, also ein Blatt mit linksliberalem Einschlag, geschrieben hätte, mich in meiner Eigenschaft als konservativer Kritiker radikal „vernichtet“ haben. Aber selbst wenn die

behauptete Tatsache richtig wäre, würde sie nicht das mindeste beweisen; denn es wäre doch nicht das erstmal, daß ein Liberaler sich nach rechts entwickelt hätte; vielleicht darf ich die „Deutsche Tageszeitung“ ganz beiläufig an den ihr so nahe stehenden Abgeordneten Dr. Diederich Hahn erinnern, in dessen früherer liberaler Parteizugehörigkeit sie noch nie ein sittliches Manko entdeckt hat. In bezug auf mich ist die von der „Deutschen Tageszeitung“ ausgesprochene „Entlarvung“ übrigens nicht einmal richtig; ich habe seinerzeit für den „Hannoverschen Courier“ wohl zahlreiche historische und literarische, aber meines Wissens auch nicht einen einzigen rein politischen Artikel geschrieben. Ich darf mich auf den „Hannoverschen Courier“ selbst berufen, der in seinem Leitartikel vom 1. Juli mich ganz ausdrücklich zu den — „konservativen Kreisen“ zählt! Mit ihrer übereilten Feststellung hat die „Deutsche Tageszeitung“, fürchte ich, nur sich selbst eine „vernichtende“ Niederlage zugezogen.

In Wahrheit kann und darf natürlich meine „konservative Aktivlegitimation“ lediglich an meinen derzeitigen Anschauungen gemessen werden. Über diese Anschauungen stehe ich gern vor aller Welt Rede, möge dann die Öffentlichkeit selbst entscheiden, wer die konservativen Grundanschauungen reiner und entschiedener vertritt, ich oder meine konservativen Widersacher?

Ich bin bisher immer des Glaubens gewesen, daß der konservative Standpunkt wesentlich durch die drei Grundbegriffe Monarchie, Christentum und Autorität bezeichnet werde; noch während des Krieges ist sowohl in der „Kreuzzeitung“ wie in der „Deutschen Tageszeitung“ mit größtem Nachdruck auf dieses Dreigestirn als die Quintessenz des Konservativismus hingewiesen worden. Nun wohl, zu diesem konservativen Dreigestirn bekenne ich mich nicht erst seit gestern und heute restlos und unbedingt.

Rückhaltlos trete ich in meinen offenen Briefen an Herrn von Heydebrand für das verfassungsmäßige Recht des Kaisers ein, Frieden zu schließen und die auswärtige Politik uneingeschränkt zu leiten, soweit nicht die Verfassung hier eine Mitwirkung des Bundesrats vorsieht. Das Recht des Kaisers, nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen denjenigen Frieden zu schließen, den er nach der militärischen und politischen Gesamtlage für den gegebenen hält, und sei es auch ein Verständigungs-, ein Verzicht- oder gar ein „Scheidemannsfriede“, ist verfassungsmäßig gar nicht anzuzweifeln, und darf am wenigsten mit Wort oder Tat von einer Partei angetastet werden, die sich mit Stolz eine monarchische Partei par excellence nennt. Nach meiner Auffassung kann es auch vom konservativen Standpunkt aus nicht erlaubt sein, auf den Kaiser in dieser Richtung dadurch einen Druck auszuüben, daß man auf revolutionäre Gefahren, die infolge eines Verständigungsfriedens drohen könnten, hinweist. In der „Deutschen Tageszeitung“ kann man ja morgens und abends lesen, daß mit einem faulen Frieden der monarchische Gedanke in Deutschland und seine Verwirklichung unvereinbar sei. Ich glaube, es werden weite, auch konservative Kreise mit mir der Empfindung sein — ich darf mich nur auf

den in der „Kreuzzeitung“ zum Abdruck gebrachten Brief des Grafen von der Groeben, eins der schönsten Dokumente wahrhaft konservativer Gesinnung, beziehen —, daß es alles andere nur nicht konservativ ist, in dieser Weise zu argumentieren. Obendrein wird eine solche Beweisführung doch gar zu drastisch durch die Geschichte widerlegt. Nie hat vielleicht ein Hohenzoller einen unglücklicheren, demütigenderen Frieden, um einen heutigen Ausdruck zu gebrauchen, einen schlimmeren „Verelendungsfrieden“ abgeschlossen als Friedrich Wilhelm der Dritte in Tilsit im Jahre 1807. Nie aber hat sich die Anhänglichkeit des ganzen preußischen Volkes an das preußische Königshaus zu größerer, man möchte sagen religiöser Inbrunst gesteigert als in den Unglücksjahren nach 1807! Genau so würde es sein, wenn unser Kaiser sich genötigt oder veranlaßt sehen sollte, einen Frieden zu schließen, der etwa auf Annexionen und Entschädigungen verzichtete und infolgedessen uns die Notwendigkeit schwerer Entbehrungen auf lange Jahre hinaus auferlegte. Das deutsche und das preußische Volk würde solche Entbehrungen mit seinem Kaiser und Könige zu tragen wissen, ohne auch nur einen Augenblick in seiner Treue zu schwanken. Am allerwenigsten glaube ich, daß diejenigen Kreise unseres Volkes, in denen die stärkste Sehnsucht nach dem Frieden herrscht, also die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sich von dem Monarchen abwenden könnten und würden, wenn der Träger der Krone bei seinen Entschlüssen auf diese Friedenssehnsucht des deutschen Volkes Rücksicht nähme. Natürlich bin ich nicht der Ansicht, daß diese Friedenssehnsucht für sich ausschlaggebend sein kann und darf; mit allem Nachdruck aber betone ich, gerade vom konservativen Standpunkte: das Recht des Kaisers, nach seinem Ermessen Frieden zu schließen und dabei nur auf diejenigen Ratgeber zu hören, denen er sein Vertrauen schenkt, darf von niemandem angetastet werden. Nach meinen Begriffen sollten von einer konservativen Partei auch die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers mindestens insoweit nicht angegriffen werden, als sie erkennbar nur den Willen ihres kaiserlichen Herrn ausführen, was, wie jedermann weiß, im Laufe des Krieges in sehr weitem Umfange der Fall war. Wer dagegen handelt, verletzt auf flagranter Weise das verfassungsmäßige Recht des Kaisers und Königs, seine verantwortlichen Ratgeber selbst zu ernennen und zu entlassen. Man mag die Sache drehen und wenden wie man will: es heißt doch das Recht des Kaisers in Frage stellen, wenn man eine Agitation in der Richtung der Entlassung dieser Ratgeber einleitet oder auch nur duldet, wie es fraglos geschehen ist und noch täglich geschieht. Selbstverständlich will ich keiner Partei und also auch der konservativen nicht das Recht absprechen, in angemessener Form ihre Ansichten und Bedenken auch in denjenigen Dingen, die die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers betreffen, vorzubringen; aber auf der Hand liegt doch, daß die konservative Partei, eben weil sie die monarchische Partei par excellence zu sein beansprucht, sich mehr wie jede andere Partei hüten müßte, die Grenzen der kaiserlichen Gewalt zu überschreiten.

Genau ebenso liegt die Sache hinsichtlich der Kommandogewalt des Kaisers, für die ich gleichfalls unbedingt eintrete. Es ist klar, daß die Frage der gesamten Kriegsführung und also auch die Frage des mehr oder minder eingeschränkten U-Bootkriegs ein integrierender Bestandteil der kaiserlichen Kommandogewalt ist, und daß eine Partei, die grundsätzlich die Kommandogewalt hochhält, unter keinen Umständen etwa in der Frage, ob der verschärfte U-Bootkrieg anzuwenden war oder nicht, einen Druck der öffentlichen Meinung auf den Kaiser herbeiführen durfte.

Ob diese Rücksicht von der konservativen Partei unter Führung des Herrn von Heydebrand, etwa bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die U-Bootfrage immer innegehalten worden ist, das will ich heute, wo ich nicht, wie in meinen offenen Briefen anklagen und angreifen, sondern in leidenschaftsloser ruhiger Darlegung überzeugen möchte, nicht untersuchen. Das aber darf ich, ohne damit irgend aggressiv zu werden, betonen, daß nur eine Partei und eine Presse, die in diesen grundlegenden Fragen ein gänzlich reines und unbeschwertes Gewissen hat, ein Recht haben könnte, anderwärts, etwa in dem von dem Verfassungsausschuß berührten Punkten als Hüterin der Kronrechte aufzutreten. Selbstverständlich billige ich in genauer Konsequenz meiner grundsätzlichen Anschauungen auch nicht das Verfahren des Verfassungsausschusses, insoweit es eine Minderung der Kronrechte und einen Einbruch in die Kommandogewalt des Kaisers enthalten sollte, — bekanntlich wird von hervorragenden Vertretern des Verfassungsausschusses auf das allerentschiedenste betont, daß ein solcher Einbruch nicht beabsichtigt sei — Krone und Parlament sind als Gesetzgeber gleichberechtigte Faktoren; eine Minderung der Rechte des einen oder des anderen Teils sollte daher niemals auf dem Wege eines einseitigen Vorgehens, sondern immer nur im Wege gütlicher Vereinbarung versucht werden. Unabhängig davon ist die Frage, ob nicht die Krone von sich aus, aus den überwältigenden Erlebnissen und Erfahrungen des Weltkrieges die Folgerung zieht, von ihren Rechten durch eine Mehrung der Volks- und Parlamentsrechte abzulassen. Wenn die Krone diesen Weg einschlägt, wenn sie glaubt, gebend um so mehr an Vertrauen, Liebe und moralischer Autorität zu gewinnen, so kann es nach meiner Ansicht nicht Aufgabe einer konservativen Partei sein, monarchischer als der Monarchie zu sein. Daß die Monarchie unter allen Umständen die Führung im Staatswesen behalten muß, auch behalten wollen wird, ist auch meine entschiedene Überzeugung; die Initiative der Monarchie im Geben wie im Nehmen, in der Verfassungs- wie in der sozialen Frage schätze ich gewiß nicht geringer ein als irgendein Konservativer.

Was nun den zweiten konservativen Kardinalpunkt anbetrifft, das Christentum, so stehe ich völlig auf dem Boden des konservativen Tivoliprogramms, das die praktische Betätigung der christlichen Lebensanschauung in der Gesetzgebung kategorisch und rückhaltlos fordert. Wenn Herr Graef es in seinen gegen mich gerichteten „Kreuzzeitungs“-Artikeln eine „Blasphemie“ nennt, Christentum

und Wahlrechtsfragen in einem Atem zu nennen, so ist das unter allen Umständen ein Verstoß gegen das konservative Programm, denn die Wahlrechtsgesetzgebung ist doch klarerweise ein Teil der Gesetzgebung überhaupt im Sinne des Tivoli-Programms. Daß aber die lediglich auf der Steuerleistung beruhende plutokratische Gestaltung des preussischen Wahlrechts keinesfalls mit dem Geist der christlichen Lebensanschauung zu vereinbaren ist, darüber mag sich Herr Graef, wenn er mich nicht als vollgültigen Zeugen betrachten will, von dem „Reichshoten“ belehren lassen, der oft genug auf diesen wunden Punkt des preussischen Wahlrechts hingewiesen hat. Ich glaube, es gibt heute kaum noch einen einzigen Geistlichen, sei er Protestant oder Katholik, der, zumal nach der gewaltigen Vermögensverschiebung, die im Kriege eingetreten ist, es für möglich hielte, die Steuerleistung als wesentliche Grundlage des Wahlrechts festzuhalten. Herr Graef glaubt einen großen Trumpf gegen mich auszuspielen, indem er darauf hinweist, daß doch auch ich das Wahlrecht auf die „gesamte staatliche und soziale Leistung und Bewährung“ habe gründen wollen; eine Abstufung nach staatlicher Leistung aber komme auf nichts anderes als auf eine Abstufung nach der Steuerleistung hinaus. Diesen Satz, von dem ich nur dringend wünschen kann, daß er nicht die Meinung der konservativen Partei vorstelle, muß ich auf das entschiedenste bestreiten; meine Vorschläge wiesen jedenfalls der Steuerleistung nur ein bescheidenes Geßchen innerhalb der staatlichen und sozialen Gesamtleistung zu. Im übrigen bin ich heute der Ansicht, die schon in meinen offenen Briefen anklang, daß gerade infolge der Haltung der konservativen Partei, die vor Jahr und Tag bei rechtzeitigem Entgegenkommen einem abgestuften Wahlrecht den Weg hätte ebnen können, die Zeit für ein Pluralwahlrecht verpaßt ist. Zu spät! zu spät! so tönt es heute in immer lauterer Tonart. Ich darf in dieser Beziehung auf die Erklärung hinweisen, die ich am 30. Juni im Verein mit so hervorragenden Männern, wie Hans Delbrück, A. v. Harnack, Friedrich Meinecke, E. Troeltzsch und andere öffentlich abgegeben habe. Keiner von diesen Männern ist, so viel ich weiß, von Haus ein Freund des gleichen Wahlrechts, so wenig wie ich selbst gewesen, wenn wir uns dennoch zu dem Entschluß durchgerungen haben, für das gleiche Wahlrecht einzutreten, und wenn die gleiche Überzeugung sich jetzt mit elementarer Kraft Bahn bricht, so hat sich das ganz gewiß nicht zuletzt Herr von Heydebrand mit seiner Herforder Rede zuzuschreiben.

Bei dem dritten konservativen Kardinalpunkt, der Autorität, brauche ich nur ganz kurz zu verweilen. Daß die Herforder Rede des Herrn von Heydebrand, daß die mehr als bittere Kritik, die von einem Teil der konservativen Presse bis in die letzten Tage hinein an der Regierung geübt worden ist, geeignet gewesen sei, die Autorität der Staatsleitung zu fördern, wird niemand behaupten wollen; das hat auch Herr Graef nicht in Anspruch zu nehmen gewagt. Selbstverständlich bin ich der letzte, einen blinden Autoritätsglauben zu fordern; freimütige und entschiedene Kritik darf sein, soll sein und muß sein.

Aber zwischen Kritik und systematischer Herabsetzung ist noch ein himmelweiter Unterschied! Meinerseits stehe ich auf dem Bismarckschen Standpunkte, den ich schon in meinen offenen Briefen dargelegt habe, daß die konservative Partei, zumal in einer so unsäglich schweren und verantwortungsvollen Zeit wie der gegenwärtigen, die auch den Parteien eine um das Vielfache gesteigerte Verantwortung auferlegt, nie den Gesichtspunkt aus dem Auge verlieren darf, daß ihre vornehmste Aufgabe immer ist und bleibt, die Autorität der Regierung zu stützen, und daß sie darum auch mit ihrer Kritik vorsichtiger und zurückhaltender sein muß wie jede andere Partei.

Nach allen diesen Ausführungen glaube ich unbedingt in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich bei meinen offenen Briefen an Herrn von Heydebrand von rein konservativen Grundanschauungen ausgegangen bin. Ja, ich glaube, daß ich mich selbst in taktischen Fragen wie in der Frage des Ausmaßes und des Tempos unserer Sozialpolitik, in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie von den besten Traditionen der konservativen Partei weniger weit entfernt wie, vorsichtig ausgedrückt, ein Teil der heutigen konservativen Presse. Weiß denn die „Kreuzzeitung“ nicht mehr, wie freudig sie in den achtziger Jahren einer kühn vorwärtsschreitenden Sozialreform zugestimmt hat, und wie bitter sie es noch in den neunziger Jahren empfand, daß die Bureaukratie „die großen Anregungen der beiden Kaiser Wilhelm auf sozialem Gebiete nach und nach immer mehr im Sande verlaufen ließ,“ daß die Bureaukratie weiter — auch diese Reminiszenz ist heute am Platze — „die Anstürme gegen die gefahrdrohende, stets zunehmende Latifundienbildung (!) im Keime erstickte?“ Weiß die „Kreuzzeitung“ gar nicht mehr, wie sehr sie einst Stöcker zugejubelt hat, der, mag man sonst zu ihm stehen wie man will, doch einer unserer großherzigsten, wärmsten und eifrigsten Sozialpolitiker gewesen ist? Freilich, eben darum ist ja auch Stöckers Bleibens schließlich nicht mehr in der konservativen Partei gewesen. Wie bitterlich hat es Stöcker in seiner Rede vom 24. Januar 1899 mit deutlichem Hinweis auf seine früheren Parteigenossen beklagt, daß von dieser einstigen Größe, von diesem Christentum, von diesem Gewissensgeist der sozialen Arbeit nur so wenig noch zu spüren sei. Was würde Stöcker erst heutigen Tages sagen! Ich halte mich völlig überzeugt, daß ein Stöcker, daß ein Heinrich Engel und die anderen konservativen Männer alle, die die großen sozialen Traditionen der konservativen Partei verkörpern, heute gleich mir ihr vornehmstes Ziel darin sehen würden, die Staatsfeindschaft der sozialdemokratisch geführten Massen innerlich zu überwinden. Ich lebe sogar des Glaubens, daß sie die von mir zu diesem Zweck eingeschlagenen Wege durchaus billigen würden; hat doch auch ein Stöcker sich wiederholt für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterforderungen, insbesondere auch für das volle und uneingeschränkte Koalitionsrecht ausgesprochen! Das eine ist jedenfalls ganz gewiß, daß er Auffassungen, wie sie der Abgeordnete Graef heute in der „Kreuzzeitung“ vorträgt, auf das allerentschiedenste bekämpfen und verwerfen würde. Man traut

wirklich seinen Augen nicht, wenn man bei Graef liest: um die sozialdemokratische Arbeiterschaft in das nationale Lager hinüberzuführen, hätte es nur einer Auflösung des Reichstags im Jahre 1914, unmittelbar nach der einmütigen Bewilligung der Kriegskredite bedurft! Neuwahlen gleich nach Kriegsbeginn, in Abwesenheit des Volkes in Waffen, vielleicht gar im Moment des Russeneinfalls in Ostpreußen, dieser ingeniose Gedanke verdient wahrlich, der Unsterblichkeit überliefert zu werden! Mir scheint es eher wahrscheinlich zu sein, daß Neuwahlen im Herbst 1914 der sozialdemokratischen Partei, von der damals mit einem Schlage das Odium der antinationalen Gesinnung abgefallen war, einen großen Zuwachs an Stimmen zugeführt hätten.

Wie dem nun auch sei, mit der „Randnote“ des Herrn Graef, das wage ich mit Bestimmtheit aus genauer Kenntnis der Stimmung der sozialdemokratischen Massen heraus zu behaupten, wäre die Staatstreue der Sozialdemokratie keinesfalls zu erzwingen gewesen. Dies scheint mir auch gerade durch den Munitionstreik im April d. J. schlüssig bewiesen worden zu sein. Wenn der Abgeordnete Graef es dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Führern von neuem zum Vorwurf macht, nicht vor Ausbruch des Streiks öffentlich gegen den landesverräterischen Unfug Stellung genommen zu haben, so darf ich ihn — ich antworte damit zugleich auf den offenen Brief des Bremer Arbeiters Wahl — auf die sehr triftigen Gründe hinweisen, mit denen General Groener sein Verhalten am 26. April im Hauptauschuß des Reichstags gerechtfertigt hat: „Am 16. sollte gestreikt werden. Ich habe meinesteils bei den leitenden Persönlichkeiten immer davor gewarnt, nun sofort mit scharfen Maßregeln vorzugehen, weil ich der Auffassung war: man tut ganz gut, das Ventil einmal etwas zu öffnen und die Stimmung abblasen zu lassen.“ Nun, ganz ebenso dachten — ich bin über diesen Punkt vollkommen unterrichtet — die Führer der Gewerkschaften. Hätten sie vor dem Streik scharfe Erklärungen à la Graef losgelassen, so hätten sie die Gährung und Erbitterung der Volksmassen, die nach Groeners eigener Aussage nicht ganz unberechtigt war, nur verschärft und die Führung der Massen aus den Händen verloren. Indem sie aber nach dem Groenerschen Vorbilde das Ventil sich öffnen ließen, um nachher um so nachdrücklicher aufzutreten, haben sie gemeinsam mit den Behörden den Streik auf das rascheste gedämpft.

Ich führe dies genauer an, um zu zeigen, daß man über solche Fragen der Taktik und Zweckmäßigkeit unbeschadet der Grundanschauungen sehr wohl verschiedener Auffassung sein kann. Falsch und unberechtigt ist in jedem Fall der Vorwurf des Herrn Graef, daß ich die Stellung der konservativen Parteiführung zur Sozialdemokratie zum Ausgangspunkt meiner Angriffe auf Herrn von Heydebrand gemacht hätte; umgekehrt lag die Sache so, daß Herr von Heydebrand in seiner Herforder Rede das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie zum Anlaß genommen hat, um die schärfsten Angriffe gegen die Reichsleitung zu richten. Meinerseits habe ich mich vielmehr von vorn-

herein bemüht, die Fragen, um die es sich handelt, ganz auf die großen konservativen Grundprinzipien, auf Monarchie, Christentum und Autorität, zurückzuführen. Ich kann alle diejenigen, die sich zu diesen Grundanschauungen bekennen, nur eindringlich und wiederholt bitten und beschwören, mit allem Ernste und aller Gewissenhaftigkeit zu prüfen, ob die Haltung der konservativen Partei, wie sie durch die Rede Herrn von Heydebrands illustriert wird, noch in Wahrheit hinreichend orientiert ist an jenen großen konservativen Grundsätzen und an den besten Traditionen der Partei. Ich bitte sie auch, sich von dieser Prüfung, von der mir die Zukunft der Partei abzuhängen scheint, nicht etwa abschrecken zu lassen durch die Schärfe meiner Tonart in den offenen Briefen. Diese Tonart ist von mir mit gutem Grunde gewählt worden. An Mahnungen und Warnungen aus dem konservativen Lager hat es auch vor dem nicht gefehlt; solche Stimmen waren aber wie die eines Predigers in der Wüste; sie sind immer wieder verhallt, ohne bleibenden Eindruck zu erzielen. Da schien mir, angesichts zumal der Herforder Rede des Herrn von Heydebrand, von der ich noch immer hoffe, daß gerade sie zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der Partei werden möge, der hellste und schärfste Trommetenklang vonnöten! Meine offenen Briefe sind jedenfalls, das darf ich zum Schluß noch einmal sagen, aus ehrlichster Überzeugung und aus bestem Willen, auch aus der festen Überzeugung heraus geschrieben, daß eine richtig geleitete konservative Partei, aber freilich auch nur eine solche, eine große und einflußreiche Zukunft vor sich hat. Möge die konservative Partei bedenken, was zu ihrem Frieden diene, das ist der Wunsch, den ich aus vielen tausend konservativen Herzen heraus gesprochen zu haben glaube!

